

Romani Rose

KONFERENZ: "ADDRESSING DISCRIMINATION AND ANTI-GYPSYISM IN THE ENLARGEMENT REGION"
13. FEBRUAR 2018 IN BERLIN

Sehr geehrter Herr Stellvertretender Generalsekretär Turdiu,
Sehr geehrter Herr Botschafter Klein,
Sehr geehrte Frau Lüders,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich im Namen des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma und ich freue mich, dass diese wegweisende Konferenz über den zunehmenden Antiziganismus in Europa und insbesondere in den Beitrittsländern des Westlichen Balkans und der Türkei hier in den Berliner Räumlichkeiten des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma stattfindet.

Der Antiziganismus ist ebenso wie der Antisemitismus seit Jahrhunderten in den europäischen Gesellschaften verwurzelt. Der staatlich organisierte Holocaust an über 500.000 Sinti und Roma begann mit hetzerischer Propaganda gegen Sinti und Roma wie auch Juden und endete in den Vernichtungslagern oder in den Massengräbern des NS-besetzten Europas.

Der NS-Staat sprach den Angehörigen unserer Minderheit auf der Grundlage einer menschenverachtenden Rassenideologie kollektiv und endgültig das Existenzrecht ab, nur weil sie als Sinti oder Roma geboren worden waren. Dies war die radikalste und mörderischste Form des Antiziganismus.

Erst die Nachkriegsgeneration der deutschen Sinti und Roma machte durch die Bürgerrechtsarbeit den ungebrochenen Antiziganismus in Staat und Gesellschaft zum Thema der politischen Auseinandersetzung. Im Falle unserer Minderheit dauerte es fast vier Jahrzehnte, bis die deutsche Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt im Jahr 1982 den Holocaust an Sinti und Roma völkerrechtlich anerkannte.

In seiner historischen Rede anlässlich der Eröffnung unseres Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrums im März 1997 sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog: *[ich zitiere]*

„Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.“

Im Oktober 2012 würdigten Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel die Opfer unserer Minderheit durch die Eröffnung des nationalen Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma im NS-besetzten Europa. Mit diesem zentralen Erinnerungsort im Herzen Berlins neben dem Deutschen Bundestag bekennt sich die Bundesrepublik nachdrücklich auch zu diesem Teil der deutschen Geschichte und zu ihrer historischen Verantwortung gegenüber Sinti und Roma in Europa.

Diese Erfahrung des Holocausts hat die Identität unserer Minderheit in ganz Europa geprägt. Die Geschichte der Roma in ihren jeweiligen Heimatländern, in denen sie seit Jahrhunderten leben, wird immer noch in der Geschichtsschreibung der jeweiligen Nationalstaaten vollständig ausgeblendet. Bis heute gibt es in den meisten Ländern kaum ein Bewusstsein für das Ausmaß dieses unvorstellbaren Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Deshalb begrüßt der Zentralrat die Anerkennung des Holocausts an 500.000 Sinti und Roma durch das Europäische Parlament im April 2015. Das Parlament hat dabei die Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgefordert diese Anerkennung auf nationaler Ebene umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Anbetracht dieser europäischen Geschichte stehen die Europäische Union und der Europarat als Garant der Demokratisierung sowie der friedlichen Zusammenarbeit während der letzten Jahrzehnte für ein vereintes Europa und für den Schutz der nationalen Minderheiten.

Heute beobachten wir mit Sorge wie nationalistische und populistische Bewegungen die Spaltung Europas immer weiter vorantreiben. Sie verfolgen das Ziel, eben diese Grundfesten unserer Gesellschaft zu erschüttern: unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und die europäische Integration.

Für viele Minderheiten, insbesondere für Sinti und Roma – die mit 10 bis 12 Millionen Menschen die größte Minderheit in Europa bilden – bergen diese sich verschärfenden Konflikte eine erhebliche Gefahr.

Denn antidemokratische Strömungen brauchen Feindbilder, um die Ängste in unseren Gesellschaften für ihre politischen Zwecke auszubeuten. Seit Jahrhunderten werden insbesondere Sinti und Roma ebenso wie Juden als Sündenböcke bei gesellschaftlichen und politischen Krisen missbraucht.

Längst gehört rassistische Hetze gegen Sinti und Roma zum Wahlkampfarsenal nicht nur von nationalistischen Bewegungen und rechtsradikalen Parteien, sondern zunehmend auch von Parteien der Mitte, und zwar sowohl in Ost- wie auch in Westeuropa.

In Deutschland wurde im Bundestagswahlkampf 2013 und 2017 durch Plakate und Flugblätter der rechtsextremen Partei NPD gezielt gegen unsere Minderheit rassistisch diskriminierende Hetze betrieben.

Eine solche Form und ein solches Ausmaß der öffentlichen Ausgrenzung gegen unsere Minderheit hatte es seit 1945 nicht gegeben. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma verurteilt das Versagen der deutschen Justiz, welche die rassistische Hetzkampagne der NPD mit der Meinungsfreiheit besonders im Wahlkampf rechtfertigte.

Nicht nur die offen sichtbaren, sondern auch die unsichtbaren Mechanismen des Antiziganismus bestimmen bis heute oft noch das Denken und Handeln von politischen Entscheidungsträgern und Institutionen.

Die gezielte und systematische Politik der Ausgrenzung und des Rassismus ist so umfassend, dass große Teile der Roma-Bevölkerung in vielen Ländern heute unter Bedingungen leben müssen, die einer Apartheid gleichkommen.

Bis heute gilt es als selbstverständlich, der Minderheit die Verantwortung für ihre soziale Benachteiligung und die menschenunwürdige Wohnsituation selbst zuzuschreiben. So äußerte im Jahr 2012 der damalige serbische Außenminister, Herr Ivan Mrkic, auf die Kritik, dass die Roma in Belgrad in Bretterverschlägen ohne Heizmöglichkeit in menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen: *(Zitat)*

„Sie folgen nur ihrem eignen Lebensstil [...] Es gibt Roma, die sich entschieden haben, so zu leben.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ursachen für den Antiziganismus liegen nicht in der Minderheit begründet, sondern in den rassistischen Denk- und Handlungsstrukturen der Mehrheitsgesellschaften in Europa.

Deshalb müssen wir bei den politisch Verantwortlichen endlich ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Antiziganismus wie auch Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt, das unsere europäischen Werte – unsere Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – radikal in Frage stellt.

Es liegt zuallererst in der Verantwortung der Regierungen in Europa, eine klare und eindeutige Position zu beziehen bei der gegenwärtig mehr denn je notwendigen Auseinandersetzung mit Nationalismus, Populismus und Rassismus.

Lassen Sie mich abschließend einige Worte über die Länder im Westlichen Balkan sagen. Als Verfechter der europäischen Integration, begrüße ich es sehr, dass EU-Kommissionspräsident Juncker kürzlich eine neue Strategie für einen schnellen Beitritt der Westbalkanstaaten ankündigte.

Dies ist eine historische Chance für diese Länder und für Europa. Aber in all diesen Verhandlungen und in den endgültigen Beitrittsbedingungen müssen die Minderheitenrechte als wichtige Grundlage von Rechtsstaat und Demokratie verbessert werden. Gerade Roma in den Ländern des Westbalkans müssen endlich als gleichberechtigte Bürger anerkannt sein.

Die Minderheitenpolitik und vor allen Dingen deren Umsetzung muss während und nach dem Beitrittsprozess durch die Europäische Kommission und auch durch Nichtregierungsorganisationen genau und systematisch beobachtet werden.

Denn in den Ländern des Westlichen Balkans wie auch in den anderen Ländern Europas existiert Antiziganismus und daraus resultierend eine weitreichende diskriminierende Ausgrenzung der Roma im gesamten gesellschaftlichen Leben.

Der Zentralrat wendet sich seit Jahren vehement gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung und der Bundesländer, insbesondere gegen die Einstufung der Westbalkanländer als „sichere Herkunftsstaaten“, ein Konzept das der Zentralrat grundsätzlich ablehnt, da dies die massive und kumulative Diskriminierung von Roma und damit die Fluchtursache aus diesen Ländern ignoriert.

Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien wie auch die erst relativ neuen demokratischen Strukturen in den Ländern des Westlichen Balkans haben jedoch auch besondere Umstände und Aufgaben geschaffen.

So wurden Roma Opfer von Verbrechen während der Kriege in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo, welche bis heute ungesühnt geblieben sind und in der öffentlichen Wahrnehmung kaum präsent sind. Die Kriege, vor allem im Kosovo, haben auch zur Vertreibung zehntausender Roma geführt, deren Nachwirkungen bis heute zu spüren sind.

So wurde weder auf den internationalen Konferenzen, noch durch die verantwortlichen Regierungen die Frage des Eigentums von Roma – wie Häuser, Grundbesitz und andere Werte – thematisiert und aufgearbeitet.

Es liegt jetzt an den Regierungen und an der Europäischen Union, die demokratischen Kontrollmechanismen – seien sie politischer oder gesellschaftlicher Natur – zum Schutz der Minderheiten als gleichberechtigte Bürger zu stärken.

Solange die europäischen Staaten, in denen Roma seit Jahrhunderten ihre Heimat haben, den Antiziganismus als die Ursache für die desolate Lage nicht ausdrücklich benennen, werden die Anstrengungen der Regierungen und der Europäischen Union für die so bezeichnete „Roma Integration“ keine Erfolge zeigen.

Ich erwarte deshalb von der Europäischen Kommission und von den EU Mitgliedsstaaten, wie auch von den Beitrittsstaaten, dass die Bekämpfung des Antiziganismus ein fester Bestandteil sämtlicher Handlungsstrategien des demokratischen Rechtsstaats wird.

Deutschland soll auf Grund der Geschichte hier eine Vorbildfunktion einnehmen, um öffentlich den jahrhundertealten Antiziganismus zu ächten und zu bekämpfen.

Wichtige Errungenschaften für die rechtliche Situation der nationalen Minderheiten ist das *Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten*, dass seit 1998 auch Sinti und Roma in Deutschland schützt.

Hierzu führt der Europarat aus, „daß der Schutz nationaler Minderheiten für Stabilität, demokratische Sicherheit und Frieden in Europa unerlässlich ist.“ Ich begrüße es sehr, dass Albanien im Jahr 2017 Roma als nationale Minderheit anerkannte und unter das Rahmenübereinkommen stellte.

In unserem föderalen Staat in Deutschland haben die meisten Bundesländer inzwischen Staatsverträge mit den Selbstorganisationen der Sinti und Roma zum rechtlichen Anspruch und zum Schutz und zur Förderung der Minderheit abgeschlossen. Besonders zu erwähnen ist, dass Schleswig-Holstein neben der dänischen und friesischen Minderheiten auch Sinti und Roma durch die Landesverfassung schützt.

Im Koalitionsvertrag für eine neue Bundesregierung ist eine *Unabhängige Expertenkommission Antiziganismus* vorgesehen, die einmal pro Legislaturperiode einen Bericht und konkrete Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Antiziganismus in Deutschland abgeben wird.

Der Zentralrat sieht es als ein Zeichen der Verantwortung, dass auch die Universität Heidelberg im letzten Jahr zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem jahrhundertealten Antiziganismus eine bisher europaweit einmalige *Forschungsstelle Antiziganismus* eingerichtet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei all der besorgniserregenden Entwicklung von Nationalismus und Rassismus in Europa, sind das auch Zeichen der Verantwortung für unsere europäische Geschichte und unsere gemeinsame Zukunft.

Der Zentralrat ist gerne bereit seine Erfahrungen mit den Regierungen aber auch den Zivilgesellschaften im Westlichen Balkan beim Aufbau von Institutionen der Minderheit und Strukturen zur Bekämpfung des Antiziganismus zu teilen.